

VADIM BELOCERKOVSKIJ

Die bundesdeutsche Politik und Russland

In der Bundesrepublik Deutschland hat Ende 2005 die Regierung gewechselt. Alle aufrichtigen Demokraten und Verteidiger der Menschenrechte in Russland fragen sich nun: Wie werden sich die neuen Regierenden gegenüber dem Putin-Regime und gegenüber Putin selbst verhalten? Etwa so wie Schröder?

Mir liegt es fern, der neuen Regierung Ratschläge zu erteilen. Dennoch möchte ich ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, mit wem und womit sie es zu tun haben wird.

Beginnen wir mit Russlands Staatsoberhaupt.

Wer ist Herr Putin? Bei Begegnungen mit ihm sollten deutsche Politiker nicht vergessen, dass sie es mit einem Menschen zu tun haben, der, um an die Macht zu gelangen, eine zweite Runde des schmutzigen Tschetschenienkrieges vom Zaune brach. Dieser Krieg dauert, wenn man Jelzins Anteil hinzurechnet, bereits zehn Jahre und hat über 150 000 Menschenleben dahingerafft.

Um den erneuten Einfall nach Tschetschenien zu rechtfertigen, hatte der Geheimdienst FSB in russischen Städten drei Wohnhäuser gesprengt und die Tat Tschetschenen in die Schuhe geschoben. Die deutschen Politiker haben natürlich Kenntnis von diesen Sprengungen, geben sich aber damit zufrieden, dass die Beteiligung des FSB nicht bewiesen sei. Sie ist aber bewiesen – und zwar mit Hilfe des FSB selbst. Zwei Tage nach den beiden Sprengungen in Moskau erklärte der Präsident der Staatsduma Gennadij Selesnjov auf deren Sitzung, er habe von den »zuständigen Organen« die Mitteilung erhalten, dass es in Wolgodonsk zu einer dritten Sprengung gekommen sei. Die Abgeordneten ehrten mit einer Schweigeminute die Opfer dieses neuen »tschetschenischen« Terroranschlags. Die Sprengung erfolgte jedoch erst drei Tage später. Offenkundig infolge des im FSB-Apparat herrschenden Chaos kam die Mitteilung über den neuen »Anschlag« noch vor der Sprengung. Dann versuchten FSB-Agenten in Rjasan', unter einem Haus Sprengstoff anzubringen, wurden dabei jedoch von einem Bewohner beobachtet. Dieser informierte die Miliz, und diese konnte die Täter ermitteln. Daraufhin erklärte FSB-Chef Paruschew, das Haus sollte nicht gesprengt werden, sondern es habe sich um eine »prophylaktische Maßnahme« gehandelt. Insgesamt kamen bei den drei Sprengungen etwa 300 Menschen ums Leben. Etwa tausend wurden verletzt.

Man sollte auch nicht vergessen, dass die Anwendung von Giftgas bei der Erstürmung des im Oktober 2002 von Tschetschenen besetzten Moskauer »Teatr na Dubrovke« auf Anordnung Putins erfolgte.

Vadim Belocerkovskij – Jg. 1928, geboren in Moskau, Schriftsteller und Publizist, Studium der Chemie an der Moskauer Universität, Teilnehmer an der Bürgerrechtsbewegung um Sacharov, seit 1972 politischer Emigrant. 1973-1993 Mitarbeiter bei Radio Liberty in New-York und München. Heute offizieller Vertreter der gesamt-russländischen Bewegung für Menschenrechte in Deutschland, wohnt in München. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Gesellschaft der Selbstverwaltung – der Weg zur Rettung und zum Aufblühen Rußlands, Heft 50 (Dezember 1994).

FSB – Federal'naja slushba besopasnosti –
Föderaler Sicherheitsdienst

Dabei kamen 130 Geiseln um und über 700 trugen schwere gesundheitliche Schäden davon. Alle 50 Geiselnnehmer, darunter 18 Frauen, wurden von den FSB-Leuten an Ort und Stelle erschossen, obwohl sie bewußtlos, also wehrlos waren. Dieses Massaker diente dem Regime offenkundig auch dazu, die Tschetschenen unter den FSB-Agenten zu liquidieren. Der Kreml befürchtete offenbar, es könnte bekannt werden, dass die Geiselnahme unter der Kontrolle des Geheimdienstes erfolgt war. Sie verfolgte vermutlich den Zweck, die abnehmende Popularität des Tschetschenienkrieges, und damit Putins, wieder aufzupolieren.

Erwähnt werden müssen auch die Verbrechen russischer Truppen in der nordossetischen Ortschaft Beslan im Herbst 2003. Bei der Erstürmung der von tschetschenischen Geiselnnehmern besetzten Schule wurden Flammenwerfer und Panzerkanonen eingesetzt. Dabei kamen 331 Geiseln ums Leben. Zwei Drittel von ihnen waren Kinder. In Beslan, wie schon ein Jahr zuvor in Moskau, forderten die Geiselnnehmer die Beendigung des Krieges und den Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien. Dort starben bisher insgesamt um die 40 000 Kinder.

Der kriminelle, terroristische Charakter des Putin-Regimes zeigte sich auch klar bei der Festnahme zweier hervorragender russischer Journalisten, der Sacharow-Preisträger Anna Politkovskaja (»Novaja gazeta«) und Andrej Babickij (»Radio Swoboda«), als sie auf dem Weg nach Beslan waren. Beide sind mutige Regimekritiker und Gegner des Tschetschenienkrieges. Babickij provozierten die Agenten zu einer Auseinandersetzung und verhafteten ihn dann als »Straßenrowdy«. Frau Politkovskaja wurde im Zug, wo sie nur Tee trank, »einfach« vergiftet. In Rostow wurde sie im Koma aus dem Zug geholt. Gerettet wurde sie von einem Arzt des örtlichen Lazaretts, der ein starkes Gegengift anwandte, das eigentlich für »Sonderdienste« bestimmt war. Er hatte offensichtlich keine Ahnung, wer die Frau vergiftet hatte.

Am 26. Oktober 2005 versammelten sich in Moskau am Jahrestag des »Gasangriffs« auf das »Teatr na Dubrovke«, wo damals das Musical »Nord-Ost« aufgeführt worden war, die Verwandten der durch die genannten Terroranschläge Getöteten und Geschädigten und wandten sich mit einer Erklärung an Putin, die mit den Sätzen endete: »Wir fordern, dass die Strafsachen zu »Nord-Ost«, Beslan und allen anderen Terroranschlägen vor Gericht kommen. Wir fordern von Ihnen, dem Präsidenten des Landes, dass Sie Ihre persönliche Schuld am Tode unserer Kinder und Verwandten eingestehen und die volle Wahrheit über diese Verbrechen öffentlich machen. Wir sind es leid, in Lüge zu leben. Wir erklären: Uns wird auf der Suche nach der Wahrheit nichts aufhalten.«

Es sei wiederholt: Ich möchte den deutschen Politikern keine Ratschläge erteilen, wie sie sich Putin gegenüber verhalten sollen. Es wäre jedoch sehr nützlich, wenn deutsche Politiker begreifen würden, mit wem sie es zu tun haben. Ich schäme mich für Deutschland und die Deutschen, dass ihre Staatsführer bis heute als Putins größte Freunde in Europa gelten. Es sei nur daran erinnert, dass Gerhard Schröder Putins Russland die Präsidentschaft bei den »Großen Acht« für das Jahr 2006 abgetreten hat. Sollen damit die Chancen Putins

Novaja gazeta –
Neue Zeitung;

Radio Svoboda –
Radio Freiheit.

und seiner Mitstreiter aus dem KGB bei der nächsten Duma- und Präsidentschaftswahl aufgebessert werden?

Und nun einiges darüber, mit was für einem Land es die deutschen und andere westliche Politiker zu tun haben.

Russlands Tragödie

Russland ist der erste Fall in der Geschichte, dass die Restauration des Kapitalismus in einem Land erfolgte, das über eine riesige Industrie verfügte, mit der Leben und Arbeit von ca. 75 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt verbunden waren. Das geschah bekanntlich zu Beginn der 90er Jahre innerhalb von zwei bis drei Jahren, und in dieser Zeit wurden mehr als 70 Prozent der verarbeitenden, für den Markt produzierenden Industrie zerstört. Zur Zeit beträgt der Anteil dieser Produktion am Bruttoinlandprodukt weniger als 15 Prozent und nimmt immer noch ab. Das Ergebnis: Der größte Teil der Bevölkerung befindet sich in einem erbärmlichen Zustand. Entweder verloren die Menschen die Arbeit ganz, oder sie waren gezwungen, eine Arbeit unter ihrem Qualifikationsniveau anzunehmen. Sie wurden zu »überflüssigen Menschen«, verdammt zu armseliger Existenz, zu Hunger und frühem Tod. Mit der Zerstörung der Industrie wurde auch das Gesundheitswesen ruiniert. Für den größten Teil der Bevölkerung gibt es keine medizinische Versorgung mehr. Die Folge all dessen ist: Russland, das sich zur Sowjetzeit hinsichtlich der Lebenserwartung der Bevölkerung unter den ersten 30 Ländern befand, nimmt in dieser Beziehung nunmehr den 117. Rang in der Welt ein. Die Lebenserwartung der Männer beträgt weniger als 57 Jahre, so dass viele nicht einmal das Rentenalter erreichen. Nicht weniger als 13 Millionen Menschen im Lande hungern. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation nimmt Russland heute den ersten Platz bei der Anzahl der Selbstmorde ein; den dritten Platz bei der Anzahl der Morde. Innerhalb eines Jahres verringert sich die Bevölkerung um ca. eine Million Menschen. Bald wird die Gesamtzahl der »Ausgestorbenen« der Opfer des stalinschen Terrors gleichkommen.

In den fünfzehn Jahren seit der Restauration des Kapitalismus wurde in Russland kein einziger Industriebetrieb neu errichtet, und der Wiederaufbau der verarbeitenden Industrie wird offensichtlich nicht mehr erfolgen, wenn damit bisher nicht begonnen wurde. Hinderlich wirken hier sowohl die erdrückende Konkurrenz des Westens als auch die ungeheuerliche Korruption im Lande selbst. Nach Angaben der Indem-Stiftung betrug der Umfang der »Korruptionsdienstleistungen« 2001 ein Drittel des Staatshaushalts, im Jahre 2005 übertraf er diesen um das 2,5-fache. Sogar die Ölförderung schrumpft in Russland. Nach Angaben des Föderalen Dienstes für staatliche Statistik betrug sie 1990 516 Millionen Tonnen, 2004 nur 443 Millionen. In einem beklagenswerten und zunehmend schlechteren Zustand befinden sich Umweltschutz und Landwirtschaft.

Die Verelendung des größten Teils der Bevölkerung veranlasste Machthaber und Reiche, die Demokratie im Lande – genauer gesagt deren Keime – zu unterdrücken, um das Volk daran zu hindern, die Demokratie gegen die Herrschenden zu richten. Aus Furcht vor dem Volk wurde Putin zum Kremlherrscher gemacht, und dieser voll-

»Der Genosse Chruschtschow irrte. 50 Jahre nach seiner Rede vor den Delegierten des XX. Parteitags am 25. Februar 1956, hat die Mehrheit der russischen Bevölkerung die Frage, ob die Errungenschaften der Herrschaftszeit Stalins die notorischen Verbrechen derselben rechtfertigten zu Gunsten Stalins entschieden. 47 Prozent sehen Stalins Rolle in der Geschichte des Landes eher positiv (vor drei Jahren waren es noch 36 Prozent). 43 Prozent bewerten das Wirken Stalins negativ.«
Katja Tichomirowa: Stalin lebt, in: Berliner Zeitung vom 25./26. Februar 2006, S. 9.

»Das Wirken Chruschtschows zu beurteilen blieb dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjuganow, vorbehalten. Er hält seinen einstigen Parteigenossen für einen Verräter. Er habe die Grundlagen des sowjetischen Staates unterhöhlt. Ein Werk, das zwei seiner Nachfolger, Michail Gorbatschow und Boris Jelzin zur Vollendung brachten. Nun stehen wir vor einem Trümmerhaufen«, so Sjuganow. Chruschtschows Rede über die Folgen des Personenkults ist für Sjuganow ein Fall magelnder Parteidisziplin. Der Auftritt sei »eine persönliche Abrechnung mit Stalin« gewesen.....«
Ebenda.

dete die von Jelzin 1993 begonnene Beseitigung der Demokratie. Die Furcht vor dem Volk war es auch, die die herrschende Elite veranlasste, imperialistische und chauvinistische Stimmungen sowie den Haß gegen den Westen im Lande zu reanimieren. Damit soll der Haß des Volkes gegen das Regime neutralisiert werden.

Betrachtet man die Tatsachen unvoreingenommen, so wird klar, dass Russland und der dort »eingeführte« Kapitalismus unvereinbar sind. Der Kapitalismus wurde unter den russischen Bedingungen zu einem Zerrbild dieses Systems und hat seinerseits Russland und seine Gesellschaft verunstaltet.

Retten könnte das Land aus meiner Sicht die Wiederherstellung der Industrie – und mit ihr der Demokratie, des Gesundheitswesens, der Wissenschaft – auf kooperativer Grundlage. Aber diese Variante ist kaum realisierbar aufgrund der intellektuellen und politischen Passivität der russischen Intelligenz.

Sonst wird Russland sterben

Dass es so ist, wird unabhängig denkenden Menschen immer stärker bewußt. In der Zeitung »Iswestija« veröffentlichte das bekannte Akademiemitglied Robert Nigmatulin am 14. Februar 2005 (also noch bevor das Blatt der Kontrolle des Kreml unterstellt wurde) einen Beitrag unter der Überschrift: »Russland stirbt...«.

Doch ein Land mit aussterbender Bevölkerung lässt sich mit einem Gefäß vergleichen, aus dem die Luft abgepumpt wird. Besonders schnell wird die Bevölkerung aus Sibirien »abgepumpt«, wo ein großer Teil der Naturschätze Russlands konzentriert ist. Und wenn dieser Prozeß nicht aufgehalten wird, wird der Druck von außen das Gefäß zerdrücken, was zu einem geopolitischen Erdbeben führen könnte. Denn das »Gefäß« ist von gewaltigem Ausmaß – ein Achtel des Festlands der Erde!

Eine andere Variante: Die Machthaber und Reichen könnten, um sich zu retten, versuchen, den offenen Faschismus an die Macht zu bringen. Bestrebungen in dieser Richtung sind schon im Gange. Es wachsen faschistoide Organisationen. Einige von ihnen bewaffnen sich. Es wächst die Zahl der Morde an »Schwarzen« – Menschen aus den südlichen Regionen.

Am 4. November 2005, dem neuen Feiertag der »Nationalen Einheit«, veranstalteten faschistoide Organisationen mit Erlaubnis der Behörden (und eher noch auf deren Initiative) im Zentrum Moskaus einen Massenaufmarsch, an dem 3 000 bis 5 000 Menschen teilnahmen. Der Aufmarsch stand unter Losungen wie »Russland den Russen!«, »Es lebe das Imperium!«, »Russe, steh' auf!«, »Die Macht den Weißen!«, »Her mit der weißen Revolution!«, »Die Russen kommen!«, »Tod den Okkupanten!«. Flugblätter erläuterten: Okkupanten – das sind die jüdischen Oligarchen und Menschen aus dem Kaukasus und aus Mittelasien. Aus den Lautsprechern tönte es: »Schlagt die Juden, rettet Russland!« oder: »Nieder mit dem Amerikanismus, vereinen wir uns mit allen seinen Gegnern!«, »Weg mit dem orangenen Dreck aus der Ukraine! Wie lange sollen in der Ukraine Polacken und Letten geduldet werden!« Der Marsch war begleitet von Trommelwirbel und »Sieg-Heil«-Gebrüll. Viele der Demonstranten trugen Hakenkreuzabzeichen auf der Brust und zeig-

ten den Hitlergruß, über ihnen wehten Fahnen mit stilisiertem Hakenkreuz. Die Demonstration war von dichten Milizketten umrahmt.

Niemals in der Geschichte Russlands gab es eine solche Demonstration!

Nach der Zusammenrottung der Faschisten am 4. November 2005 bereiteten Antifaschisten und Bürgerrechtler für den 27. November eine antifaschistische Demonstration und eine Kundgebung vor. Diese Veranstaltung wurde jedoch von den Behörden verboten (angeblich wegen der zeitlichen Nähe zu den am 4. Dezember in Moskau stattfindenden Wahlen zur Stadtduma). Daraufhin beschlossen die Antifaschisten, am 27. November am Gebäude der Stadtduma eine Mahnwache des Protestes zu organisieren. Laut Gesetz kann eine Mahnwache jederzeit an jedem Ort ohne behördliche Erlaubnis stattfinden. Doch die Mahnwache, an der ca. 250 Menschen teilnahmen, wurde am 27. November sofort gewaltsam aufgelöst, wobei die Miliz Schlagstöcke gebrauchte. Viele der Teilnehmer wurden festgenommen und zu Geldstrafen verurteilt.

An demselben Tag veranstalteten Rechtsradikale 37 Mahnwachen auf Moskauer Märkten unter Losungen wie: »Moskau gehört uns!«, »Russen, bewaffnet euch!« Es wurden an die 10 000 Flugblätter rassistischen Inhalts verteilt mit Instruktionen, wie man legal zu Jagdflinten kommen kann. Keine einzige dieser Mahnwachen wurde aufgelöst, kein Teilnehmer festgenommen und zur Verantwortung gezogen...

Die offiziöse Propaganda bereitet auch schon Ziele für die Aggression nach außen vor, ohne die der Faschismus nicht auskommt. Das sind Polen, Lettland, Georgien, die Ukraine. Diese Länder werden als »Feinde Russlands« gebrandmarkt. Eine solche Aggression würde den Westen vor eine beängstigende Wahl stellen, ähnlich der vom September 1939, nur mit dem Unterschied, dass es damals noch keine Atomwaffen gab.

Alles in allem: Die Politiker des Westens sollten die Situation in Russland mit offenen Augen beobachten...

Übersetzung aus dem Russischen:

ULLA PLENER und RONALD LÖTZSCH

»Der letzte sowjetische Generalsekretär kommentiert dies gelassen. Selbstverständlich sehe er ›deutliche Parallelen‹ zwischen der Tauwetterperiode und seinen eigenen Reformen, erklärte Gorbatschow. ›Es gibt eine Verbindung zwischen dem XX. Parteitag und der Perestroika, auch darin, dass einige die Perestroika für Verrat halten.‹ ... Das Herrschaftsgebaren seines Nachfolgers Putin umschreibt Gorbatschow ... wie folgt: ›Unsere Zeit erinnert mich eher an die Breschnew-Epoche, also einen Stalinismus ohne Repressionen, aber mit absoluter Kontrolle von allem und jedem.‹ Die Rückkehr zum Personenkult ist da nur noch eine Frage der Zeit.«
Ebenda.